

Vorlage Stadtparlament

Datum 6. Juli 2021
Beschluss Nr. 711
Aktenplan 152.15 Stadtparlament: Parlamentari-
sche Vorstösse

Postulat Oskar Seger (FDP), Remo Daguati (FDP), Ivo Liechti (CVP), Philipp Schönbächler (GLP), Karin Winter-Dubs (SVP): Potential Outsourcing – Wie viel muss die städtische Verwaltung selbst erledigen?; Frage der Erheblicherklärung

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat «Potential Outsourcing – Wie viel muss die städtische Verwaltung selbst erledigen?» wird **erheblich** erklärt.

Oskar Seger, Remo Daguati, Ivo Liechti, Philipp Schönbächler, Karin Winter-Dubs sowie 26 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 4. Mai 2021 das beiliegende Postulat «Potential Outsourcing – Wieviel muss die städtische Verwaltung selbst erledigen?» ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Das Postulatsbegehren stellt fest, dass der Anteil des Personalaufwands am Gesamtaufwand der Stadt St.Gallen in den letzten Jahren angestiegen ist. Als Referenzzeitraum wird der Zeitraum von 2007 bis 2017 verwendet. Wird als Referenzgrösse der Aufwand ohne interne Verrechnungen herangezogen, dann betrug der Anteil des Personalaufwandes am Aufwand ohne interne Verrechnungen in der Rechnung 2020 rund 44 Prozent. 2007 lag er bei 43 Prozent.

Das Postulatsbegehren stellt im Weiteren fest, dass das Wachstum der Personalkosten über dem Wachstum der Bevölkerung und der Teuerung lag. Diese Feststellung ist zweifelsfrei richtig.

Es ist zu beachten, dass die Stadt in diesem Zeitraum ihr Angebot – nicht zuletzt aufgrund von Aufträgen des Parlaments – immer weiter ausgebaut hat. Auch wurden Aufgaben und / oder Kosten vom Kanton auf die Gemeinden überwält. Eine reine Betrachtung der Wachstumsraten der Bevölkerung und der Teuerung (oder allenfalls des Bruttoinlandprodukts) greift daher zu kurz.

Hingegen hat sich das Wachstum der Personalausgaben praktisch im Gleichschritt zum Wachstum des Bruttoinlandprodukts bewegt. Dies bringt zum Ausdruck, dass sich der Anteil der Staatsausgaben auf Ebene der Gemeinde nicht wesentlich verändert hat.

Das Thema «Outsourcing» ist für den Stadtrat nichts Neues. Bei vielen Entscheidungen des Stadtrates spielen immer wieder Überlegungen zu «kaufen oder selber machen» hinein. Dabei wird immer wieder darauf geschaut, wie andere vergleichbare Städte diese Ausgaben lösen.

Mit dem Massnahmenpaket «fokus25» werden diverse Aufgabenbereiche der städtischen Verwaltung analysiert. Dabei spielen Überlegungen zu «kaufen oder selber machen» bei diversen Themen ebenfalls eine Rolle. Zudem ist die Stadt an einem durch den Schweizerischen Städteverband lancierten «Benchmarking-Programm» beteiligt. Rund 40 Städte und Gemeinden werden bei bestimmten Leistungen vergleichbar gemacht. Die Erkenntnisgewinne aus diesen beiden Programmen lassen sich für die von der Postulantin und den Postulanten angeregten Transformationsprozesse durchaus nutzen.

Als Grundlage für den Entscheid, ob ein Leistungsangebot mit Outsourcing erbracht werden soll (buy), spielen verschiedene Faktoren eine Rolle: Qualität, Verfügbarkeit, Preis, Sicherheitsfragen, Rechtslage etc. Es gibt derzeit keinen Konsens darüber, ob es für die gleiche Leistung grössere preisliche Unterschiede zwischen der staatlichen und der privatwirtschaftlichen Leistungserstellung gibt. Es sind auch kaum empirische Daten oder wissenschaftliche Analysen dazu verfügbar.

Im modernen Verwaltungsmanagement wird nicht mehr von «Outsourcing» vs «Insourcing» gesprochen. Vielmehr werden verschiedene Möglichkeiten von institutionellen Arrangements zur Leistungserstellung geprüft. Dabei können Outsourcing und Privatisierung eine Rolle spielen. Bolz und Schedler zum Beispiel sprechen davon, dass der Staat über ein recht grosses Potential verfügt, innovative Lösungen für komplexe Herausforderungen zu entwickeln. Sie schreiben: «Voraussetzung dafür ist die Fähigkeit, traditionelle und innovative Elemente des Verwaltungshandelns zu kombinieren, damit daraus geeignete Geschäftsmodelle entstehen können.»¹

2 Erheblicherklärung

Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen und einen Postulatsbericht erstellen. Da das Thema ohnehin als Dauerthema präsent ist und bei den Entscheidungen des Stadtrates immer wieder ins Kalkül gezogen wird, wird der Stadtrat die Fragen des Postulats aufgreifen und Bericht erstatten über mögliche Strukturen der Leistungserstellung und die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft oder mit anderen Gemeinwesen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität.

¹ Prof. Dr. Kuno Schedler, Institutsleiter, Institut für Systemisches Management und Public Governance, Universität St.Gallen

Schedler, K., & Bolz, U. (2020). Innovative Geschäftsmodelle: Staat und Wirtschaft. *Jahrbuch Der Schweizerischen Verwaltungswissenschaften*, 11(1), 25–37. DOI: <http://doi.org/10.5334/ssas.136>

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Die Stadtschreiber - Stellvertreterin:
Jennifer Abderhalden

Beilage:
▪ Postulat vom 04. Mai 2021